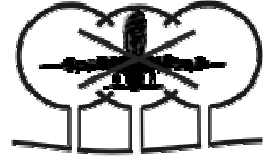


# **Bürgerinitiativen Flughafen Braunschweig-Wolfsburg**

**für den Erhalt des Querumer Forstes  
gegen die Startbahnverlängerung**



BI Flughafen, c/o Dr. A. Isensee, Am Flughafen 22, 38110 Braunschweig

An den Chefredakteur  
der Braunschweiger Zeitung  
Herrn Stefan Kläsener  
Pressehaus Hamburger Str.  
38100 BRAUNSCHWEIG

Kontakt	Dr. Alfred Isensee
Telefon	05307-5489
Fax	05307 5489
Email	alfred.isensee@arcor.de
Datum	11.03.2010

## **Einladung zum Gespräch mit Herrn R. H. Meyer**

Sehr geehrter Herr Klaesener,

den folgenden Brief schreibe ich Ihnen aus Anlass der von Herrn Meyer ausgesprochenen Einladung zum Gespräch im Auftrag der Bürgerinitiativen Flughafen Braunschweig-Wolfsburg, in denen die Bürgerinitiativen gegen die Startbahnverlängerung organisiert sind.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat Ihr Leiter der Lokalredaktion, Herr R.H. Meyer die Vertreter der Bürgerinitiativen gegen die Startbahnverlängerung zu einem Gespräch am 11.03.2010 in die BZ eingeladen. Wenn wir die Einladung richtig verstanden haben, dann möchte Herr Meyer mit ihnen im wesentlichen darüber sprechen, welche Rolle die Bürgerinitiativen noch in Zukunft übernehmen wollen/können, nachdem mit der Vernichtung eines ersten Teils eines ca. 30 ha großen Waldgebietes unübersehbare Tatsachen für den Ausbaubeginn geschaffen sind und sich nun der Widerstand vieler Bürger gegen dieses Projekt mit täglichem Protest in der Öffentlichkeit manifestiert.

Es dürfte verständlich sein, dass die Bürgerinitiativen sich zunächst die Frage gestellt haben, ob es angesichts der Zustimmung zum Flughafenausbau, die Herr Meyer in seinen Beiträgen zu diesem Thema deutlich in Wort und Bild bekundet, überhaupt Sinn macht, an einem solchen Gespräch mit ihm teilzunehmen. Nach sehr reiflicher Überlegung und einer z.T. auch kontrovers geführten Diskussion sind wir zu dem Ergebnis gekommen, an diesem Gespräch heute nicht teilzunehmen.

Entscheidend dafür war u.a. der vernichtende Kommentar zu dem Kompromissvorschlag von Herrn Bischof Weber zur Länge der Startbahn in Ihrer Donnerstagsausgabe und der am nächsten Tag veröffentlichte Bericht über eine schon vor 7 Wochen veranstaltete Tagung der Braunschweiger Kirche, in der einer Ausbauegnerin angeblich das Rederecht entzogen worden sein soll. Bischof Weber hatte den anerkennenswerten Versuch unternommen, zwischen den verhärteten Positionen der Ausbauegner und -befürworter zu vermitteln. Zu dem journalistischen Stil, den Herr Meyer in seinem Kommentar verwendet hat, möchten wir uns jede weitere Wertung ersparen.

Wir möchten es aber nicht nur bei dieser kurzgefassten Begründung belassen, sondern auch versuchen, Ihnen sachlich etwas detaillierter zu verdeutlichen, wo wir die Probleme mit Ihrer Zeitung speziell bei der Auseinandersetzung um den Flughafenausbau sehen. Die aktuellen Fragen des Klimawandels und die damit verbunden die Fragen des Klimaschutzes

sensibilisieren heute immer mehr Bürger insbesondere aus der jüngeren Generation. Daher engagieren sich viele Bürger, wenn heute z.B. zerstörende Eingriffe in Fauna und Flora drohen oder auch vollzogen werden. Sogar die Bundesregierung hält inzwischen Maßnahmen zum Klimaschutz nicht nur auf internationaler sondern auch nationaler Ebene vor unserer Haustür für dringend geboten.

Viele Bürger misstrauen inzwischen den Entscheidungen der Politik, weil deren Begründungen häufig nicht ausreichend transparent erscheinen und in vielen Fällen auch für den Bürger nicht überzeugend. Die Presse zeigt fast täglich Beispiele, die allein von wirtschaftlichen Interessen oder von Gewinn und Erhalt der Macht geprägt sind. Zu diesen bürgerfremden Entwicklungen wollen die Bürgerinitiativen ein friedliches, gewaltfreies, aber durchaus sehr kritisches Gegengewicht bilden. Die Arbeit der Initiativen als unruhestiftend abzulehnen oder sogar mit allen Mitteln zu bekämpfen, zeigt wenig Respekt vor Bürgern, die sich dieser Arbeit meistens mit großem Einsatz völlig uneigennützig widmen.

Die Legitimation, die die Politik vom Bürger - auch bei geringer Wahlbeteiligung - erhalten hat, reicht heute allein nicht mehr aus, um politische Entscheidungen blind gegen Widerstand aus der auch zum großen Teil schweigenden Bevölkerung durchzusetzen. Deshalb wäre außer der Legitimation aus einer alle 4 Jahre stattfindenden Wahl auch eine kontinuierliche Bürgernähe der Politik erforderlich, wenn Politikverdrossenheit und das Entstehen außerparlamentarischer Opposition nicht noch weiter gefördert werden sollen. Der mündige Bürger möchte von der Politik nicht oberlehrerhaft abgespeist sondern auf Augenhöhe akzeptiert werden. Viele Bürger, die zur Zeit täglich friedlich gegen die Startbahnverlängerung demonstrieren und damit auch ihre Zukunftssorgen artikulieren, erfahren hautnah, wie sie von der Politik behandelt werden. Ihre Konsequenzen werden sicherlich bei der nächsten Kommunalwahl sichtbar werden.

Mit dem dargestellten Rollenverständnis der Bürgerinitiativen bedarf es aber auch einer unabhängigen, nicht parteigebundenen Presse, die ihr Anliegen öffentlichkeitswirksam aber auch mit der gebotenen Neutralität darstellt. Das sollte für Bürgerinitiativen wie auch für die Politik gelten.

Ihre Zeitung erhebt den Anspruch der Unabhängigkeit und der Nichtparteilichkeit. Diesem Anspruch können Sie aber u.E. nur dann seriös entsprechen, wenn sich ihre Redakteure bei ihrer Pressearbeit auch strikt an diese Vorgabe gebunden fühlen. Natürlich wird jeder Mitarbeiter Ihrer Redaktion zu den verschiedenen Themen auch eine eigene private Meinung haben. Dies darf aber keine Richtschnur für die tägliche Arbeit einer Lokalredaktion sein, wenn es darum geht den Leser über Themen zu informieren, die in der Bevölkerung kontrovers beurteilt werden. Jeder Journalist weiß, dass die Presse über ein wirkungsvolles Mittel der Meinungsmache verfügt, weil der unpolitische Bürger sich heute meistens immer noch seine Meinung kritiklos aus der Presse holt. Gerade deshalb muss eine seriöse Zeitung auch bei kontroversen Themen auf strikte Unabhängigkeit achten.

Gerade dies ist aber bei dem in der Lokalredaktion von den Herren Zauner und Meyer vertretenen Thema des Flughafenausbaus schon seit Jahren trotz mehrfach geäußelter Kritik nicht der Fall. Sie beeinflussen mit ihren Berichten zum Flughafenausbau z.T. in sehr subtiler Weise die Meinungen der Bürger in einseitiger Form. Die Herren haben auch öffentlich nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass sie die Startbahnverlängerung für notwendig halten. Es ist ihr gutes Recht diese Meinung privat zu vertreten. Dass dies aber auch in den Berichten der Lokalredaktion immer wieder deutlich zum Vorschein kommt, verstößt gegen Ihren Anspruch auf Unabhängigkeit und Nichtparteilichkeit. Hierzu ein paar Beispiele.

Der völlig unnötige und herabwürdigende Kommentar der BZ zum Kompromissvorschlag von Bischof Weber oder die vom Flughafen abgeschriebene Gegenüberstellung von Rede und Gegenrede zum Flughafenausbau belegen erst jüngst wieder, wie die BZ ihrem Anspruch auf Unabhängigkeit nachkommt. Er berichtet über ein in der Bevölkerung kontrovers

diskutiertes Thema und schreibt dazu die Stellungnahme von der am Ausbau höchst interessierten Flughafengesellschaft ab mit dem Ergebnis, dass die von der Flughafengesellschaft –nicht von der BZ- zusammengestellten Argumente der Ausbaugegner im ganzen als gegenstandslos dargestellt werden. Damit beeinflusst er die Meinung der Leser zu dem Ausbau in seinem Sinne und unterstützt die Politik, die möglichst wenig oder sogar keine Kritik aus der Bevölkerung an den Ausbauplänen aufkommen lassen möchte. Beide Seiten haben Argumente, über die es sich trefflich seriös streiten lässt.

Die BZ bedient sich u.E. auch noch subtilerer Mittel, um die Öffentlichkeit von der Sinnhaftigkeit des Flughafenausbaus zu überzeugen und damit den Widerstand gegen dieses Projekt zu brechen. Paradebeispiele aus jüngster Zeit sind Bilder, den Berichten über den Beginn der Waldvernichtung im Querumer Forst beigefügt wurden. Dort war ein Bild mit 5-6 Personen aus der Bürgerinitiative veröffentlicht, die etwas verloren in der Landschaft gegen diese Aktion protestieren. Die Botschaft aus diesem Bild kann doch nur sein: „Es gibt nur ein paar Unbelehrbare, die noch gegen den Ausbau Widerstand leisten.“

Dass seit Anfang Januar täglich bei Wind und Wetter Bürger nicht nur aus Waggum gegen den Ausbau protestieren und jeden Sonntag sogar einige Hunderte sich zu einer Demonstration treffen, wird in ihrer Zeitung nicht gewürdigt oder aber nur mit einem halben Satz nebenbei erwähnt. Offenbar soll damit verhindert werden, dass sich noch mehr Bürger für dieses Thema interessieren und damit der Protest gegen die Startbahnverlängerung auch im Süden der Stadt zur Kenntnis genommen wird. Über Versuche der Politik, diesen Widerstand zu behindern, wurde zwar berichtet, doch auch hier wieder mit dem überflüssigen Hinweis auf die Rechtmäßigkeit des Ausbaus. Es geht hier nicht um die Rechtmäßigkeit, die keiner mehr bezweifelt, sondern um eine Kommunikation beider Seiten, bei der über das Maß des Ausbaus auf Augenhöhe diskutiert werden sollte. Bischof Weber hat als einziger dazu bisher die Hand gereicht. Unter diesem Aspekt empfehlen wir, den Kommentar Ihrer Zeitung zum Vermittlungsangebot von Bischof Weber noch einmal aufmerksam zu lesen.

Ein weiteres Beispiel zur unterschweligen Meinungsbeeinflussung ist das größte Bild, das nach unserer Erinnerung jemals auf der ersten Seite des Lokalteils gestanden hat. Dieses Bild zeigt die verwüstete Rodungsfläche des Waldes. Der Zweck, den viele Bürger aus diesem Bild erkannt und auch vermutet haben, sollte offenbar sein, den Bürgern deutlich zu zeigen, dass der Wald vernichtet ist und sich kein Widerstand gegen dieses Projekt mehr lohnt. Haben zu diesem Zeitpunkt noch viele Bürger geglaubt, dass mit ihrem Protest die wertvollen alten Bäume erhalten werden könnten, dann sollte wenige Tage darauf die sinngemäß Überschrift „Jetzt fallen die alten Bäume“ den Ausbaugegnern endgültig zeigen, dass der Wald wie geplant abgeholzt worden ist.

In die gleiche Ecke gehört auch der Bericht zur Tagung der Braunschweiger Kirchengemeinden mit der Überschrift „Propst Hofer erteilt Startbahngegnern kein Rederecht“. Dieser Vorfall ereignete sich bereits am 13.1.10 und wird am 5.03.10 berichtet, also einen Tag nach dem Bericht über den Vermittlungsvorschlag von Bischof Weber und Ihrem vernichtenden Kommentar dazu. Abgesehen davon, dass uns das Geschehen anders als in der Zeitung berichtet wurde, liegt doch auch hier die Vermutung sehr nahe, dass dieser Bericht bewusst noch als Ergänzung zu dem am Vortag veröffentlichten Beitrag zum Kompromissvorschlag von Bischof Weber dienen sollte - frei nach dem Motto „So geht man in der Braunschweiger Kirche mit Startbahngegnern um“ (Rederecht entziehen, aber sich nicht vor den Karren der Ausbaugegner spannen lassen).

Wir könnten die Serie solcher Meinung beeinflussender Berichte bei Bedarf noch fortsetzen. Dazu gehören auch die Interviews mit den Herren Manlik und Kliesch, die unwidersprochen geblieben sind. Bei diesem Thema, das viele Bürger bewegt, wäre dies für eine ausgewogene Berichterstattung notwendig gewesen. So ist für uns gegenwärtig eine neutrale Position Ihrer Zeitung nicht erkennbar.

Tatsache ist, dass sich entgegen den Erwartungen der Politik erst mit dem Fällen der Bäume im Querumer Forst deutlicher Widerstand nicht nur aus der Waggumer Bevölkerung gezeigt hat. Die BZ hat dazu beigetragen, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung über die Frage der Notwendigkeit des Flughafenausbaus in der Öffentlichkeit unterblieben ist. So wurde die Arbeit der Bürgerinitiativen negativ im Sinne einer kleinen Minderheit dargestellt, die angeblich unbelehrbar gegen wirtschaftlichen Fortschritt streitet. Dagegen wurden „Totschlagargumente“ wie Standortsicherung und Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen aufgeboten. Diese Meinung haben Sie jahrelang mit ihren Beiträgen in die Köpfe vieler, nicht unmittelbar betroffener Bürger, eingepflanzt. So konnte die Politik auf dem Hintergrund unwissender Bürger ihre Ziele durchsetzen.

Schwer verständlich ist für uns auch die Tatsache, dass viele Bürger, die jetzt engagiert Widerstand leisten, sagen, von den Konsequenzen des geplanten Ausbaus im Detail nichts gewusst zu haben. Eine häufige Aussage ist: „Das hat doch nicht in der Zeitung gestanden.“ Auch dies unterstützt unsere Kritik, dass die BZ dieses Projekt nicht hinreichend deutlich und kritisch dargestellt hat. Mancher Bürger hat daraus jetzt die Konsequenz gezogen und aus Verärgerung den Bezug Ihrer Zeitung gekündigt.

Das Thema Flughafenausbau wird u.E. trotz beginnendem Ausbau auch bei der sog. schweigenden Mehrheit der Bürger ein heiß diskutiertes Thema bleiben. Dies umso mehr, weil schon die Sperrung der Verkehrsverbindung zur Stadt zu einem Termin angekündigt ist, zu dem es überhaupt noch keine tragfähige Lösung für den Ersatz dieser Sperrung gibt. Deshalb wird die BZ mit ihrer Berichterstattung in der Kritik bleiben, wenn auch weiterhin versucht werden sollte, dieses Thema einseitig schönzureden und den Widerstand der Bürger als unbedeutend erscheinen zu lassen.

Der Flughafenausbau und die damit verbundenen Konsequenzen für die Bürger sind ernst zu nehmende Themen, die auch in der Öffentlichkeit angemessen kommuniziert werden müssen. Die Sorgen und Nöte der Bürger sollten daher auch mit dem gebotenen Respekt von der Presse behandelt werden, auch wenn das der Politik nicht gefallen sollte. Wenn der Bürger ihre Zeitung noch als seriösen Vermittler von Informationen zu diesem Thema anerkennen soll, dann sollte über dieses Thema angemessen mit der gebotenen Neutralität berichtet werden. Vor diesem Hintergrund könnten wir uns eine sinnvolle Kommunikation in Zukunft vorstellen.

Deshalb haben wir uns entschlossen, der Einladung von Herrn Meyer heute nicht zu folgen. Gern hätten wir unsere Position zur Verlängerung der Start- und Landebahn noch einmal ausführlich erläutert, besonders weil zu diesem Thema immer noch viele falsche, einseitig gefärbte Informationen verbreitet werden. Um unsere Entscheidung auch allen interessierten Bürgern gegenüber transparent zu machen, werden wir diesen Brief auch im Netz veröffentlichen.

In der Hoffnung auf zukünftig konstruktivere Zusammenarbeit verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

i.A. gez. Dr. Alfred Isensee  
Bürgerinitiativen  
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg

Kopie: - Lokalredaktion, R.H. Meyer  
- WAZ Mediengruppe  
Friedrichstr. 34-38, 45128 Essen